

AUSGABE VOM 20. OKTOBER 2023

Kommunale Altschulden: Gespräche noch nicht abgeschlossen

Vor dem Hintergrund des Schreibens vom Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“, zu dem auch Recklinghausen, Castrop-Rauxel und Waltrop gehören, an Bundespräsident Steinmeier, in der die vom Bund zugesagte Entlastung bei der Altschuldenfrage eingefordert wird, hat CDU-MdB Michael Breilmann die Bundesregierung um Auskunft zum Sachstand gebeten. Für die Beteiligung des Bundes an einer kommunalen Altschuldenlösung bedürfe es zwingend einer Grundgesetzänderung, so das zuständige Bundesfinanzministerium. Dazu führe die Regierung weitere Gespräche mit Vertretern der Länder und der Unions-Fraktion, deren Stimmen für die erforderliche Mehrheit notwendig wären. „Die Gespräche mit den Ländern wie auch mit der Unionsfraktion sind noch nicht abgeschlossen“, teilte Finanz-Staatssekretärin Katja Hessel (FDP) am Freitag als Antwort auf Breilmanns schriftliche Frage mit.

Kriege gegen Ukraine und Israel sind EU-Bewährungsproben

Angesichts des russischen Kriegs gegen die Ukraine und des Hamas-Terrors gegen Israel sieht Friedrich Merz die EU vor einer doppelten Bewährungsprobe. Beide Konflikte gefährdeten Frieden und Freiheit auch in Deutschland und Europa, sagte der CDU/CSU-Fraktionschef am Donnerstag im Bundestag. Merz antwortete auf die Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz, der einen Blick auf den Europäischen Rat in der kommenden Woche warf. Der Schutz Israels und der Sieg der Ukraine lägen daher „in unserem nationalen wie in unserem gemeinsamen europäischen Interesse“. Vom EU-Gipfel müsse ein „unmissverständliches Signal ausgehen“, dass



Wir stehen fest an der Seite Israels. Unions-Fraktionschef Friedrich Merz appelliert in der Debatte am Donnerstag im Bundestag: „Das muss aber auch morgen und übermorgen noch gelten, auch wenn dieser Krieg lange dauert, und genau damit müssen wir rechnen.“ (Bild: privat)

der russische Präsident Wladimir Putin nicht auf eine nachlassende Unterstützung der EU für die Ukraine hoffen dürfe, sagte der Unionsfraktionsvorsitzende. Europa müsse auch alle Schritte unternehmen, um einen Mehrfrontenkrieg gegen Israel abzuwenden, der die Existenz des jüdischen Staates in höchstem Maße gefährden würde.

Merz bot dem Kanzler erneut eine Zusammenarbeit zur Bewältigung der Flüchtlingskrise an. Beide hatten in der vergangenen Woche mit den Ministerpräsidenten Rhein und Weil erstmals über eine gemeinsame Herangehensweise beraten. Konkrete Verabredungen blieben aber aus. Die Verantwortung dafür, dass die Kommunen inzwischen komplett überfordert sind mit der Aufnahme von Flüchtlingen, wies er klar der Bundesregierung zu.

Im Hinblick auf antisemitische und israelfeindliche Ausschreitungen auf deutschen Straßen und Plätzen fordert auch CDU-MdB Michael Breilmann „ein hartes Durchgreifen von Polizei und Justiz“. Der Innenexperte erinnert daran, dass die Hamas keinen Befreiungskrieg für Palästina führe, sondern einen Vernichtungskrieg gegen Juden und Israelis. Man müsse immer wieder deutlich machen, dass Israel das Opfer sei und die Hamas-Terroristen die Täter – und nicht umgekehrt, so Breilmann in Berlin.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

auch in dieser Woche hat der Bundestag die Terrorwelle der Hamas gegen Israel verurteilt und die volle Solidarität mit Israel erklärt. Derweil wird von einigen



Demonstranten auf unseren Straßen weiter der Tod von Jüdinnen und Juden gefeiert. Diese offene Zurschaustellung von Hass, Hetze und offenem Antisemitismus erschüttert mich. Wer deutsche Geschichte kennt, den kann es nicht kaltlassen, wenn Davidsterne auf Berliner Haustüren geschmiert werden. Ich mag mir kaum die Angst derjenigen vorstellen, die in den Häusern leben. Die Molotow-Cocktails auf Synagogen wie in Berlin sind Brandsätze mitten ins Herz unserer gesamten Gesellschaft. Deutschland steht in dieser schweren Zeit ohne Wenn und Aber zum jüdischen Volk und zum Staat Israel. Israel- und judenfeindliche Demonstrationen, Brandanschläge auf jüdische Einrichtungen sowie Übergriffe auf Journalisten und Polizisten, die Versammlungsverbote durchsetzen, werden daran nichts ändern. Ich danke allen Sicherheitskräften für ihre wichtige Arbeit und wünsche den bei den Ausschreitungen verletzten Beamtinnen und Beamten schnelle Genesung. Wir stehen fest an der Seite der Polizei. Die Sicherheit und das Existenzrecht des Staates Israel sowie die Sicherheit der Jüdinnen und Juden in Deutschland sind Teil unserer Staatsräson. Diese Zusage gilt es nun einzulösen.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis
Recklinghausen I



Gesetzentwurf zur Cannabis-Legalisierung debattiert

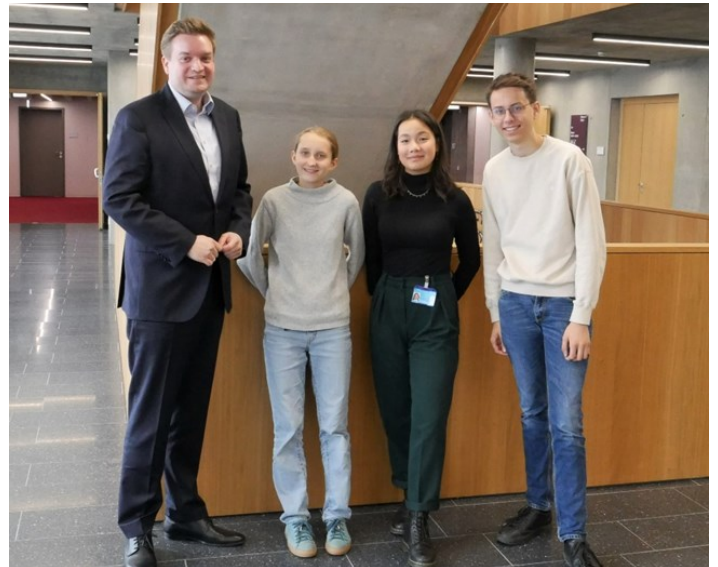
Am Mittwoch hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung den von der Ampel vorgelegten Entwurf eines Cannabis-Legalisierungsgesetzes beraten. Die Pläne der Ampel werden nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion zu einer Ausweitung des Cannabiskonsums und somit zu schweren gesundheitlichen Folgen führen – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Sogar Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) warnte vor den Gefahren des Konsums. Hinzu komme: Parallel zu den Legalisierungsplänen wolle die Ampel-Koalition im Bereich der Suchtprävention im Bundeshaushalt 2024 um 4 Millionen Euro kürzen. Das mache die Hilflosigkeit des Bundesgesundheitsministers offenkundig. Auch eine Entlastung der Justiz oder ein Zurückdrängen des Schwarzmarktes werde mit dem Gesetz aus Sicht der Union nicht erreicht werden. „Wir lehnen eine Legalisierung von Cannabis ab und bringen unseren Antrag [„Cannabislegalisierung stoppen, Gesundheitsschutz verbessern – Aufklärung, Prävention und Forschung stärken“](#) in die Beratungen ein. Statt Legalisierung bedarf es einer verstärkten Prävention und Aufklärung über die Gefahren, die durch den Konsum von Cannabis entstehen können. Darüber hinaus kommen die dort geplanten Haushaltskürzungen zum völlig falschen Zeitpunkt. Wir fordern: Prävention statt Legalisierung!“, so MdB Breilmann.

Netzwerktreffen: Kommunalpolitikerinnen zu Gast



Um das Engagement von Frauen auf kommunaler Ebene weiter zu stärken hat die CDU in dieser Woche in Berlin das Netzwerk der Kommunalpolitikerinnen der CDU Deutschlands gegründet. Beim Auftakt dabei waren auch Barbara Simon und Ratsmitglied Ursula Beckmann-Wübbelt aus Dorsten, mit denen sich MdB Michael Breilmann, Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Recklinghausen, am Donnerstag im CDU/CSU-Fraktionssitzungssaal traf. „Herzlichen Dank an die Kolleginnen aus der Region und die übrigen 250-Kommunalpolitikerinnen, die zur Vernetzung zusammengekommen sind. Politik vor Ort lebt von eurem Engagement!“, so Breilmann. (Bild: Privat)

Breilmann trifft neue Bundestagspraktikanten



Die Verwaltung des Deutschen Bundestages bietet regelmäßig [Praktikumsplätze](#) für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende an, die im Rahmen ihrer Ausbildung ein Pflichtpraktikum zu absolvieren haben. Auch Gespräche mit Abgeordneten stehen auf dem Programm. Am Dienstag trafen sich drei Teilnehmer mit CDU-MdB Michael Breilmann zum Austausch. „Vielen Dank an Leni Wehner, Mila Maier und Tim Viebahn für das spannende Gespräch über Fragen des Klimaschutzes und der inneren Sicherheit. Viel Erfolg für Euer Praktikum!“, so MdB Breilmann im Anschluss in Berlin. (Bild: privat)

Wohneigentum: Neue KfW-Förderung greift zu kurz

Die KfW hat diese Woche die Förderbedingungen des Kredits „Wohneigentum für Familien“ im Auftrag von Bauministerin Klara Geywitz (SPD) angepasst. „Es ist gut, dass die Ministerin auf unseren Druck hin die Förderbedingungen für die Eigentumsbildung von Familien nachjustiert. Allerdings kommt ihre Einsicht spät. Das Programm war strukturell falsch konzipiert: Gerade einmal 200 Familien bundesweit haben in den ersten drei Monaten eine Förderung erhalten. Das Ampel-Programm war ein Rohrkrepieler mit Ansage“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Bei der Veränderung der Förderbedingungen bleibe die Bauministerin auf halber Strecke stehen, so das Bauausschussmitglied. Weiter werde nur das Bauen mit allerhöchsten energetischen Standards gefördert. Das werde trotz der Erhöhung des maximal zulässigen Haushaltseinkommens für viele Familien nicht finanzierbar sein. „Als Union wollen wir daher für die Förderprogramme konsequent den Energieeffizienzstandard EH 55 als Grundlage nehmen. Zudem bedarf auch der Kauf von Bestandsimmobilien der Förderung, denn dieser Bereich ist zentral.“, so MdB Breilmann.

Impressum:

Ausgabe Nr. 39 der 20. Wahlperiode

20. Oktober 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler